



Aktuelle Debatte

—

Fraktion AfD

Leere Taschen und leere Regale – Sachsen-Anhalt zwischen Rekordinflation und Versorgungsmangel

Es wird beantragt, zur 10. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 28./29. April 2022 eine Aktuelle Debatte zum oben genannten Thema durchzuführen.

Begründung

Die Bürger und Unternehmen in Sachsen-Anhalt sind in einem erheblichen Maß mit Versorgungseinschränkungen und Preissteigerungen konfrontiert. Für einkommensschwache Familien, Menschen mit geringen Einkommen, Alleinerziehende, Rentner, Studierende und Auszubildende sind die Lebenshaltungskosten und Energiepreise nicht mehr bezahlbar. Zwei Millionen Menschen gaben laut Statistischem Bundesamt bereits im Jahr 2019 an, nicht richtig zu heizen, weil sie es sich nicht leisten können. Seitdem sind die Gas- und Heizölpreise teilweise explodiert. Seit Anfang dieses Jahres stieg allein der Preis für Erdgas im Großhandel um etwa 440 Prozent.

Derweil erreicht die allgemeine Preissteigerung neue Höchststände: Im Monat März 2022 betrug sie 7,3 Prozent, bei Steigerungen der Warenpreise um 12,3 Prozent und einem Anstieg der Energiepreise für Verbraucher im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 39,5 Prozent.¹ So hoch wie derzeit war die Inflation zuletzt vor 40 Jahren.² Laut einer aktuellen

¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 137 vom 30. März 2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/03/PD22_137_611.html.

² Postbank, Medieninformation vom 04.04.2022, <https://www.postbank.de/unternehmen/medien/meldungen/2022/april/inflation-bringt-millionen-deutsche-in-finanzielle-schwierigkeiten.html>.

YouGov-Umfrage im Auftrag der Postbank kann jeder siebte Erwachsene angesichts der stark gestiegenen Preise kaum noch seine Lebenshaltungskosten bestreiten. Von den Befragten aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2.500 Euro gibt inzwischen fast ein Viertel (23,6 Prozent) an, sie seien wegen gestiegener Preise kaum noch in der Lage, die regelmäßigen Ausgaben zu stemmen.³ Im Zusammenhang mit der hohen Inflation konstatiert die Präsidentin des Sozialverbands VdK, Verena Bentele, eine sich „zunehmend verfestigende Armut in Deutschland“⁴.

Bereits seit dem Jahr 2021 fehlt es zunehmend an Material und Rohstoffen, was zu Kostensteigerungen und Verzögerungen im Bau-, Herstellungs- und Lieferprozess führt. Hinzu kommen Lieferengpässe durch unterbrochene Lieferketten aufgrund der Corona-Beschränkungen und die deutliche Teuerung von Energie und Rohstoffen in den vorgelagerten Wirtschaftsstufen. Die Industrie kann die Nachfrage nach ihren Produkten immer schwieriger bedienen. Es herrscht ein regelrechter Produktionsstau und Versorgungsmangel.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist ein Katalysator der Krise. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sieht die konkrete Gefahr einer Rezession in Deutschland und erhebliche Abwärtsrisiken, die besonders durch den Stopp russischer Gaslieferungen nach Europa durch ein Embargo des Westens oder einen Boykott Russlands entstehen würden.⁵

Aufgrund der besonders starken Preissteigerungen für Erdgas und Rohöl haben schon jetzt Betriebe die Produktion teils eingeschränkt oder gar stillgelegt. Heimische Unternehmen sind von ihren Märkten in Russland und der Ukraine abgeschnitten. Laut Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft sehen vier von fünf Unternehmen aktuell eine eher große oder sehr große Bedrohung ihrer Geschäftstätigkeit.⁶ Besonders betroffen sind sachsen-anhaltische Unternehmen in der Chemie-, der Nahrungs- und Futtermittel- sowie der Metallindustrie. Die SKW Stickstoffwerke Piesteritz wurden zu Produktionsdrosselungen gezwungen. Die Folgen insgesamt sind gravierend und reichen weit über den Produktionsstandort in Sachsen-Anhalt hinaus. Die Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Düngemitteln und Saatgut ist akut gefährdet. Dadurch, dass zwei der weltweit größten Getreide- und Agrexporteure Krieg führen, ist das Nahrungsmittelangebot ohnehin unter Druck. Lebensmittel werden zunehmend knapp. Grundnahrungsmittel werden vielfach nur rationiert ausgegeben.

³ Postbank, Medieninformation vom 04.04.2022.

⁴ Focus, Montag, 04.04.2022, https://www.focus.de/finanzen/news/existenzsorgen-wegen-hoher-inflation-haelfte-der-deutschen-beunruhigt_id_77593003.html.

⁵ Hubertus Bardt / Michael Grömling / Edgar Schmitz, IW-Kurzbericht Nr. XX/2022. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2022/IW-Kurzbericht_2022-Russland_Woche_4.pdf.

⁶ IW-Kurzbericht Nr. XX/2022.

Die Regierung im Land und im Bund ist gefordert, schnellstmöglich effektive Maßnahmen umzusetzen, damit die Versorgungssicherheit gewährleistet und das tägliche Leben nicht zur Armutsfalle wird.

Tobias Rausch
Parlamentarischer Geschäftsführer